

Wochenbericht

Produktivitätswachstum in Deutschland: Kein nachhaltiger Aufschwung in Sicht

Seite 512

Deutschland fällt beim Produktivitätswachstum seit 20 Jahren immer weiter zurück. Zwar stoppte der Konjunkturaufschwung 2006 diese Entwicklung vorübergehend – eine grundlegende Wende ist jedoch nicht in Sicht.

von Georg Erber und Ulrich Fritsche

Produktivität in Deutschland: „Wir haben unseren Vorsprung eingebüßt“

Seite 513

Fünf Fragen an Ulrich Fritsche

Angst vor Fremdenfeindlichkeit: Ausländer überweisen mehr ins Heimatland

Seite 520

Die Angst vor Fremdenfeindlichkeit lässt Ausländer höhere Überweisungen in die Heimatländer tätigen. Eine wichtige Rolle spielt hierbei offenbar der deutsche Pass: Bei Aussiedlern und Eingebürgerten nämlich ist der Effekt nicht festzustellen.

von Elke Holst, Andrea Schäfer und Mechthild Schrooten

Geht der Aufschwung an den Arbeitnehmerhaushalten vorbei?

Seite 530

Kommentar von Christian Dreger

Produktivitätswachstum in Deutschland: Kein nachhaltiger Aufschwung in Sicht

Georg Erber
gerber@diw.de

Ulrich Fritsche
ufritsche@diw.de

Die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung in Deutschland ist nach dem Wiedervereinigungsboom im internationalen Vergleich deutlich eingebrochen. Nicht nur gegenüber den USA und Schwellenländern wie Südkorea, sondern auch im Vergleich zu anderen EU-Staaten fiel Deutschland seitdem zurück. Jedoch hat der wirtschaftliche Aufschwung im Jahr 2006 vorübergehend zu einem Anstieg der Stundenproduktivität je Erwerbstätigen geführt. Kann dieser Anstieg als eine Rückkehr zu einem höheren Trendwachstum gedeutet werden? Ökonometrische Tests zeigen, dass es sich wohl vor allem um einen konjunkturell bedingten Anstieg handeln dürfte. Der Rückgang der trendmäßigen Wachstumsrate ist demnach bestenfalls zum Stillstand gekommen. Soll sich das Produktivitätswachstum dauerhaft verbessern, ist eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik erforderlich.

Gesamtwirtschaftliche Produktivitätsanalysen sind seit jeher ein wichtiger Indikator für den nachhaltigen Erfolg der wirtschaftlichen Entwicklung einer Volkswirtschaft. Letztendlich bestimmt das langfristige gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum die Chancen der Wohlstandsteigerung für die Bevölkerung eines Landes.¹

Die Produktivität wird definiert als Verhältniszahl von realem Bruttoinlandsprodukt und Arbeitsvolumen. Dabei werden die Arbeitsvolumina der Erwerbstätigen im Inland zugrundegelegt. Neben der Arbeitsproduktivität, die entweder je Erwerbstätigen oder je Erwerbstätigenstunde gemessen werden kann, wird oftmals auch die totale Faktorproduktivität (TFP) betrachtet, die neben dem Einsatz an Arbeitskräften auch die Effizienz des Kapitaleinsatzes berücksichtigt.²

Im Folgenden wird für die Analyse die Arbeitsstundenproduktivität verwendet, da diese vierteljährlich und nicht wie die TFP nur jährlich mit einer größeren zeitlichen Verzögerung mit Daten der amtlichen Statistik berechnet werden kann.^{3,4}

¹ OECD: Compendium of Productivity Indicators 2008, OECD, Paris 2008.

² Van Ark, B., O'Mahony, M. und Timmer, M. P.: The Productivity Gap between Europe and the United States: Trends and Causes. In: Journal of Economic Perspectives, Nr. 22, 2008.

³ Destatis: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18 Reihe 1.2 und 1.3, 1. Vierteljahr 2008. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2008. Destatis: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Lange Reihen ab 1970, Fachserie 18, Reihe 1.5. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden 2008.

⁴ „Die laufenden Revisionen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen in einem der hohen Aktualität angemessenen und vertretbaren Rahmen. Im internationalen Vergleich gehören die vierteljährlichen deutschen BIP-Berechnungen sogar zu den besten: Nach einer Untersuchung der OECD sind die frühen Quartals-BIP-Schätzungen der Statistikämter aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien die zuverlässigsten und genauesten, dicht gefolgt von denen für die USA, Kanada und die Niederlande.

Dies ist umso bemerkenswerter, da Deutschland mit seiner Schnellmeldung zum vierteljährlichen Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach nur 45 Tagen auch in puncto Aktualität zu den Spitzenreitern in Europa zählt. Seit dem Jahr 2000 hat sich die erste Veröffentlichung des BIP, unter anderem auf Drängen der Finanzwelt und des Bedarfs der EZB nach aktuelleren Daten für die Eurozone, von 65 auf nur noch 45

Fünf Fragen an Ulrich Fritsche

Produktivität in Deutschland: „Wir haben unseren Vorsprung eingebüßt“



Herr Prof. Fritsche, Deutschland ist ein Land mit hohen Standort- und Lohnkosten. Wird dieser Wettbewerbsnachteil durch eine steigende Arbeitsproduktivität wieder wettgemacht?

Wenn wir uns der Beurteilung eines Standorts zuwenden, müssen wir das Lohnkostenverhältnis immer in Relation zu der entsprechenden Arbeitsproduktivität setzen. Wichtig ist, was man für die Lohnkosten zu einer bestimmten Zeit produzieren kann. Das ist eigentlich das Maß für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. In unserer Analyse haben wir das Wachstum der Produktivität in den vergangenen zwei Jahrzehnten in Deutschland analysiert. In früheren Jahrzehnten haben wir ein starkes Wachstum in der Produktivität gehabt, doch diese Wachstumsraten haben in den letzten 15 bis 20 Jahren tendenziell immer mehr nachgelassen. So haben wir in der Trendwachstumsrate ungefähr einen Prozentpunkt weniger als noch vor 15 oder 20 Jahren.

Wie steht das deutsche Produktivitätswachstum im internationalen Vergleich da?

Im internationalen Vergleich ist Deutschland in den vergangenen Jahren immer weiter zurückgefallen. Deutschland hat historisch gesehen seinen großen Vorsprung im Produktivitätswachstum immer mehr eingebüßt. Im europäischen Vergleich steht Deutschland noch immer relativ gut da. Aber im Vergleich mit Ländern wie den USA ist Deutschland in den vergangenen zehn Jahren im Wachstum der Produktivität deutlich zurückgefallen.

Welche Ursachen hat das stagnierende Wachstum der Produktivität? Warum stehen andere Länder besser da?

Der wichtigste Grund für den Unterschied im Produktivitätswachstum liegt einerseits im effektiveren Einsatz von Computer und IT-Technologie – da sind uns die USA sehr weit voraus. Für die langfristige Trendwachstumsrate sind außerdem Investitionen in Humankapital, Qualifikation und Bildung sehr wichtig. Zudem ist

die Produktivität in den letzten Jahren sehr stark durch konjunkturelle Einflüsse beeinflusst worden und Deutschland hat in den letzten Jahren eine sehr schwache Konjunktur gehabt.

Von welchen Faktoren hängt das Produktivitätswachstum ab? Was könnte es begünstigen und was gefährden?

Hier muss man zwischen mittelfristigem Wachstumstrend und kurzfristigen Einflüssen unterscheiden. Mittel- und auch langfristig hängt das Produktivitätswachstum stark von Humankapital, Qualifikation, Bildung, Investitionen und dem Ausnutzen des Arbeitskräftepotentials ab. Kurzfristig gibt es eine Reihe konjunktureller Einflüsse. Aktuell haben wir die Finanzmarktkrise und bekommen deren Nachwirkungen auf die Konjunktur zu spüren. In Deutschland schwächt

sich die Konjunktur derzeit ab. Risiken sind vor allem die steigenden Energie- und Nahrungsmittelpreise. Sollte es zu einer deutlichen Erholung der Konjunktur kommen, dürfte das auch die Produktivität nachhaltig stützen.

Im Einsatz von
Computer und
» IT-Technologie sind «
uns die USA weit
voraus.

Wie wird sich die Produktivität im Trend entwickeln? Wird es eine dauerhafte Erholung geben?

Die Abflachung im Produktivitätswachstum scheint, zumindest was das Trendwachstum anbetrifft, zum Stillstand gekommen zu sein. Wir denken, dass wir da inzwischen die Talsohle erreicht haben. Insofern schätzen wir, dass es mittelfristig aufwärts geht. Trotzdem bedarf es auch einiger wirtschaftspolitischer Anstrengungen. Das betrifft einerseits die langfristigen Investitionen in Bildung und Humankapital. Für eine dauerhafte Erholung der Produktivität sind aber auch die wirtschaftspolitische Flankierung und die Dämpfung konjunktureller Schwingungen sehr wichtig. An dieser Stelle ist die Politik gefordert, wachstumsfördernde Maßnahmen zu ergreifen.

Prof. Dr. Ulrich Fritsche,
**Wissenschaftlicher
Mitarbeiter**
in der Abteilung
Konjunktur
am DIW Berlin
und **Juniorprofessor**
an der Universität
Hamburg

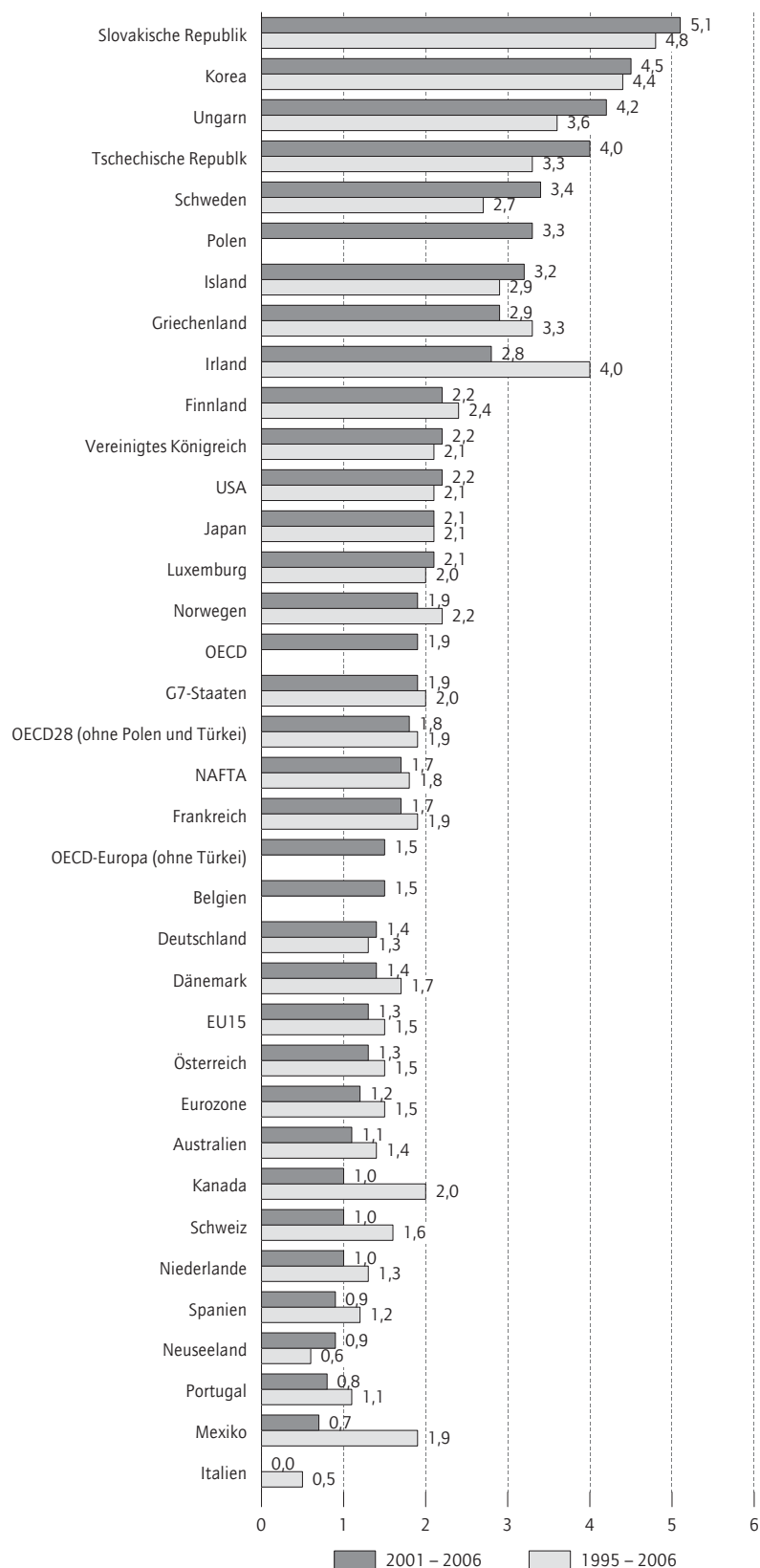
Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.

Das vollständige
Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de

Abbildung 1

Jahresdurchschnittliche Wachstumsraten der Erwerbstätigenstundenproduktivität innerhalb der OECD-Länder

In Prozent



Quelle: OECD.

DIW Berlin 2008

Deshalb ist die Arbeitsstundenproduktivität besser geeignet, kurzfristige konjunkturelle Schwankungen sowie Änderungen in der mittelfristigen Trendwachstumsrate frühzeitig anzuzeigen. Sie bildet zudem direkt die Effizienz einer Wirtschaft beim Arbeitskräfteeinsatz ab und ist nicht mit den Problemen einer exakten Kapitalstockberechnung behaftet.

Deutschland fällt im internationalen und historischen Vergleich zurück

Deutschlands mittelfristiges jahresdurchschnittliches Produktivitätswachstum ist von 1,9 Prozent für den Zeitraum 1995 bis 2000 auf nur 1,4 Prozent für den Zeitraum 2001 bis 2006 zurückgegangen. Dies ist zwar geringfügig besser als der Wert für die Eurozone insgesamt mit 1,2 Prozent oder auch für die Ländergruppe EU-15⁵ mit 1,3 Prozent, er ist jedoch für diesen Zeitraum deutlich geringer als der für alle G7-Länder mit 1,9 Prozent. Insbesondere die USA und Großbritannien mit 2,2 Prozent sowie auch Japan, die nordischen Länder wie Finnland und Schweden schnitten im Ländervergleich für diesen Zeitraum deutlich besser ab (Abbildung 1).

Nicht nur im internationalen Vergleich, auch historisch betrachtet ist die gegenwärtige Produktivitätsentwicklung in Deutschland eher schwach. So wuchs die Arbeitsstundenproduktivität⁶ für den Zeitraum 1990 bis 1995 noch jahresdurchschnittlich um 2,9 Prozent.

Natürlich ist dabei der Sondereffekt des Beitritts Ostdeutschlands zu berücksichtigen. Doch auch vor der Wiedervereinigung lag der durchschnittliche Produktivitätsanstieg in den Jahren 1985 bis 1990 bei beachtlichen 2,5 Prozent. Insgesamt ist daher der Rückgang der Produktivitätswachstumsrate in Deutschland um mehr als einen Prozentpunkt im Jahresdurchschnitt im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Dekaden überraschend deutlich (Abbildung 2).⁷

Tage nach Abschluss des Berichtsquartals beschleunigt. Siehe hierzu Pressemitteilung Nr. 307 des Statistischen Bundesamts Deutschland vom 3. August 2007.

⁵ Die EU-15 umfasst die Länder vor der Osterweiterung der EU im Jahr 2004, dies sind Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Großbritannien, Spanien, Portugal, Irland, Dänemark, Österreich, Schweden, Finnland und Griechenland.

⁶ Die Produktivität wird definiert als Verhältniszahl von realem Bruttoinlandsprodukt und Arbeitsvolumen; dabei werden die Arbeitsvolumina der Erwerbstätigen im Inland zugrunde gelegt.

⁷ Erber, G., Fritsche, U.: Produktivitätswachstum in den USA und Deutschland: Fällt Deutschland weiter zurück? Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 30/2005.

Anstieg des Produktivitätswachstums 2006 vor allem konjunkturell bedingt

Eine Veränderung der Produktivitätswachstumsrate kann in verschiedene Komponenten unterteilt werden. Neben rein zufälligen Schwankungen infolge von außen wirkender Produktivitätsschocks (etwa durch einen Energiepreisanstieg), haben dabei im Wesentlichen zwei Faktoren einen entscheidenden Einfluss: konjunkturelle Schwankungen und strukturelle Änderungen des Produktivitätswachstums.

Die im Folgenden durchgeführte Analyse der Trendproduktivitätsrate erlaubt mit dem dort verwendeten Modell (siehe Kasten Seite 516) auch Aussagen darüber, inwieweit Veränderungen der Arbeitsstundenproduktivität auf Zufallsschwankungen, auf konjunkturelle Einflüsse oder aber auch strukturelle Ursachen zurückzuführen sind. Dies ist gerade aus wirtschaftspolitischer Perspektive wichtig: Denn nur wenn man den Einfluss struktureller Faktoren wie etwa der Flexibilität des Arbeitsmarktes oder der Qualifikation der Beschäftigten näher bestimmen kann, ergeben sich Ansätze für politisches Handeln.

Eine Analyse der durch Trend- und Konjunkturkomponente erklärten Varianz zeigt: Über den *gesamten* Beobachtungszeitraum von 1960 bis 2008 haben konjunkturelle Einflüsse etwa die gleiche Bedeutung für Produktivitätsschwankungen wie Veränderungen der langfristigen Wachstumsrate. Doch mit beiden Faktoren lässt sich nur etwa die Hälfte der Schwankungen erklären: Der Rest der Varianz entfällt auf miteinander zeitlich unkorrelierte Zufallsschwankungen. (Abbildung 3).

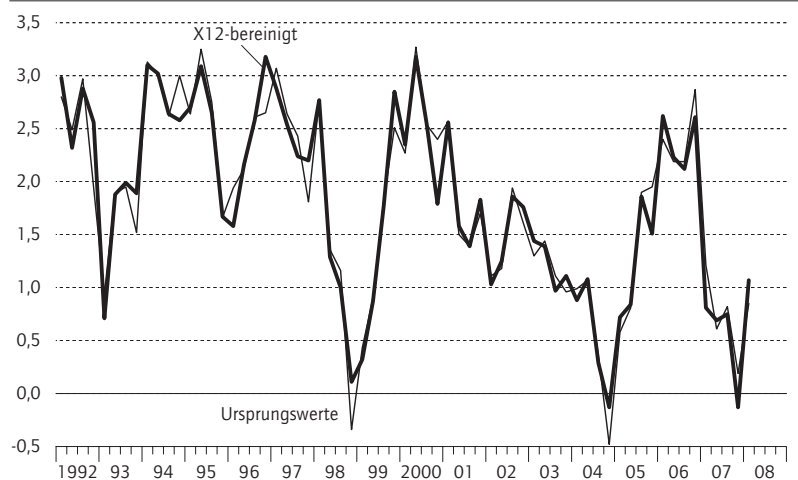
Betrachtet man hingegen die Entwicklung seit Beginn der 90er Jahre für sich, ergibt sich ein anderes Bild: Der Anteil der Trendschwankungen an der Gesamtvarianz ist von gut einem Viertel auf etwa 15 Prozent zurückgegangen, der Anteil der konjunkturell bedingten Einflüsse jedoch auf rund 48 Prozent gestiegen. Mithin hat eine deutliche Verschiebung der Varianzkomponenten stattgefunden. Der Beitrag der konjunkturellen Komponente hat sowohl gegenüber den trendmäßigen sowie den zufallsbedingten Effekten deutlich zugenommen. Sie ist gegenüber den durch Veränderungen der Trendrate bedingten Effekten jetzt mehr als dreimal so hoch. Die Zufallsschwankungen liefern hingegen nur noch einen Erklärungsbeitrag von rund einem Drittel der Gesamtvarianz.

Diese strukturellen Veränderungen zwischen den Varianzkomponenten zeigen langfristige

Abbildung 2

Erwerbstätigenstundenproduktivität¹ in Deutschland

Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent



¹ Bruttoinlandsprodukt zu Preisen des Jahres 2000 zur Zahl der Erwerbstätigenstunden (Arbeitsvolumen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; IAB.

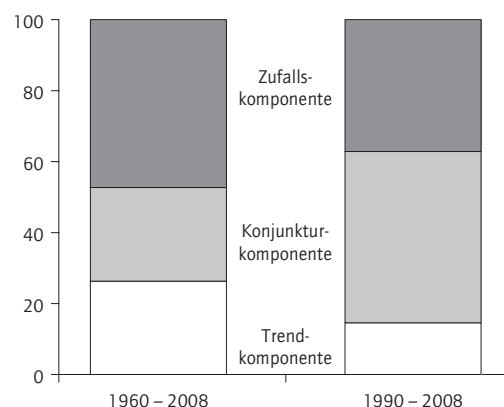
DIW Berlin 2008

Änderungen in den Reaktionsmustern beim Produktivitätsverlauf. Dies erweist sich insbesondere auch bei der Ermittlung der Veränderung der Trendrate als zusätzliches Hindernis, da diese durch die Effekte der beiden anderen Komponenten seit einiger Zeit stärker als zuvor überlagert werden. Die Ermittlung der Trendrate ist jedoch für die mittel- bis langfristige Einschätzung der Wachstumsperspektiven von zentraler Bedeutung und verdient daher eine besondere Beachtung.

Abbildung 3

Anteile an der Varianz der Änderung der Arbeitsproduktivität

In Prozent



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Bestimmung des trendmäßigen und konjunkturell bedingten Produktivitätswachstums

Im Rahmen der Untersuchung kamen zwei Methoden zum Einsatz: zum einen Tests auf die Strukturkonstanz der trendmäßigen Wachstumsrate der gesamtwirtschaftlichen Stundenproduktivität, zum anderen die gemeinsame Modellierung des konjunkturell bestimmten und des trendmäßigen Produktivitätszuwachses in einem Zustandsraummodell. Beide Ansätze beruhen auf einem semistrukturellen Ansatz von Robert Gordon.¹ Der Ansatz geht davon aus, dass prozyklisches und im Vergleich zum Zyklus vorlaufendes Produktivitätswachstum zu den stilisierten Fakten der Konjunkturforschung gehört. Die Wachstumsrate lässt sich entsprechend in eine „Trendkomponente“ (die entweder über gebrochen deterministische Komponenten oder stochastisch über einen „Random-Walk“-Ansatz modelliert wird) und in eine zyklische Komponente zerlegen. Die zyklische Komponente wird dabei durch eine Regressionsanalyse der Wachstumsrate der Stundenproduktivität (annualisiert) auf zukünftige Werte der Veränderung der Produktionslücke bestimmt und herausgefiltert. Um die Analyse bis zum aktuellen Rand durchführen zu können, wurde der Logarithmus des Bruttoinlandsprodukts über einen ARIMA (1,1,0)-Prozess fortgeschrieben, die Produktionslücke über einen Hodrick-Prescott-Filter (1600) berechnet.

Für die Tests auf Strukturbrüche im Trendwachstum wurde zweistufig vorgegangen. Im ersten Schritte wurde der Konjunktoreinfluss durch eine Regression der annualisierten Produktivitätswachstumsrate (Δy) auf die zeitgleichen und künftigen (bis zu vier Quartale) Veränderungen der Produktionslücke (Δx) herausgefiltert sowie danach die so konjunkturbereinigte Produktivitätszunahme auf eine Konstante (α) regressiert:

$$\text{Schritt 1: } \Delta y_t = \sum_{i=0}^4 \beta_i \Delta x_{t+i} + \varepsilon_t$$

$$\text{Schritt 2: } \varepsilon_t = \alpha + u_t$$

Der dann verwendete Test nach Andrews und Ploberger (1994) ist exemplarisch für eine Reihe moderner Strukturbruchtests.² Er basiert auf sequentiellen Struk-

turbruchtests, wobei der wahrscheinlichste Bruchpunkt nach dem Maximum der Teststatistik bzw. der minimalen Höhe der Irrtumswahrscheinlichkeit bestimmt wird.³ Die kritischen Werte beziehen sich auf die tabellierten Angaben in Hansen (1997).⁴

Parallel zu den Strukturbruchtests wurde zudem ein zweiter Ansatz verfolgt, der eine stetige Anpassung voraussetzt. Hier wird nicht auf Strukturbrüche im deterministischen Teil des Modells getestet, sondern die Trendwachstumsrate als zeitvariable, aber glatte Trendfunktion beschrieben. Dazu wurde ein Zustandsraummodell mit einem zeitvariablen Koeffizienten für das Trendwachstum geschätzt.⁵ Der angenommene Prozess, dem der Koeffizient, der das Trendwachstum beschreibt, folgt, ist ein „Random Walk“. Das Zustandsraummodell besteht aus zwei Gleichungen, der Beobachtungsgleichung, die den „beobachtbaren“ Teil des Modells beschreibt und einer Zustandsgleichung, die definiert, welchem Prozess das Trendwachstum folgt.

$$\Delta y_t = \alpha_t + \sum_{i=0}^4 \beta_i \Delta x_{t+i} + \varepsilon_t$$

$$\alpha_t = \alpha_{t-1} + u_t$$

Die Beobachtungsgleichung ist nahezu identisch mit oben beschriebener Regression, in der das Produktivitätswachstum über zeitgleiche und zukünftige Veränderungen der Produktionslücke um die Konjunkturreffekte bereinigt wird. Der Erwartungswert des Modells wird jedoch über die Zustandsgleichung als nichtstationärer stochastischer Prozess („Random Walk“) beschrieben. Damit ist eine sehr hohe Flexibilität bei der Anpassung gegeben. Für die Auswertung wurden die geglätteten Werte von α_t herangezogen. Beide Gleichungen einschließlich der Varianz der Residuen von Beobachtungs- und Zustandsgleichung (ε_t , u_t) werden simultan mitgeschätzt.

¹ Vgl: Gordon, R. J.: Exploding Productivity Growth: Context, Causes, and Implications. In: Brookings Papers on Economic Activity, Vol. 34, Nr. 2, 2003, 1–73.

² Hansen, B.: The New Econometrics of Structural Change: Dating Changes in U.S. Labor Productivity. In: Journal of Economic Perspectives, Nr. 15, 2001, 117–128.

³ Andrews, D. W. K., Ploberger, W.: Optimal Tests When a Nuisance Parameter is Present Only Under the Alternative. In: Econometrica, 1994, 1383–1414.

⁴ Hansen, B. E.: Approximate Asymptotic P-Values for Structural Change Tests. In: Journal of Business and Economic Statistics, 1997, 60–67.

⁵ Vgl. Hamilton, J. D.: Time Series Analysis. Princeton 1994.

Was sagt die Wachstumstheorie zur Trendrate?

In der traditionellen neoklassischen Wachstumstheorie ist der trendmäßige Produktivitätsanstieg die Rate, bei der die Ökonomie im Gleichgewicht

mit konstanter Rate wächst. Das Aufkommen der endogenen Wachstumstheorie führte dazu, dass der mittelfristige Produktivitätsanstieg eher als variabel und abhängig von der Kapitalbildung angesehen wird. Die Bildung von Humankapital oder die Innovationsfähigkeit werden dabei als

endogene Faktoren betrachtet. Mit der endogenen Wachstumstheorie wird der trendmäßige Anstieg der Produktivität auch in Abhängigkeit von ökonomischen Faktoren als mittelfristig variable Größe angesehen.⁸ Letztere Theorie liegt der folgenden Analyse zugrunde.

Negativ für die mittelfristige Produktivitätsentwicklung könnte beispielsweise die demografische Entwicklung sein, wenn sich die durchschnittliche Leistungsfähigkeit aufgrund der Alterung der Erwerbsbevölkerung verändert. Positiv kann sich hingegen der Zugang höher qualifizierter Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt und das durchschnittliche Niveau des Humankapitals auswirken. Andere strukturelle Faktoren können flexiblere Arbeitsmärkte sein, die eine raschere Anpassung der Zusammensetzung der Beschäftigten (zum Beispiel nach Qualifikationsstruktur) an veränderte Marktlagen ermöglichen. Hinzu kommen Veränderungen im Verhältnis der Faktorpreise, die zu Substitutionsprozessen zwischen den jeweiligen Produktionsfaktoren führen: So bieten beispielsweise fallende Arbeitseinkommen nur einen geringen Anreiz, die Arbeitsstundenproduktivität etwa durch Automatisierung zu erhöhen.

Neben den Veränderungen beim Einsatz von Arbeitskräften und der Änderung des Humankapitals spielen auch die Veränderungen durch den technischen Fortschritt und die Investitionen in ein modernes Anlagevermögen eine wesentliche mittelbare Rolle auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Eine detaillierte Ursachenforschung kann jedoch im Rahmen dieses Beitrags nicht geleistet werden.

Das aktuelle Bild: Produktivitätswachstum schwankt stark

Betrachtet man die aktuelle Entwicklung seit dem letzten konjunkturellen Aufschwung, dann konnte sich die Arbeitsproduktivität im Jahr 2006 mit einer Wachstumsrate von etwa 2,4 Prozent durchaus wieder auf eine Größenordnung erholen, die durchschnittlich in den 90er Jahren bis etwa 1997 erreicht wurde. Es bestand zumindest vorübergehend – wie bereits im Jahr 2000 mit einem Anstieg auf 2,6 Prozent – die Hoffnung, dass diese Erholung nicht nur durch konjunktural

relle Faktoren wie den Exportboom verursacht sein könnte. Allerdings hat sich die Entwicklung beim Produktivitätswachstum im Jahr 2007 wieder deutlich eingetrübt. Im ersten Quartal dieses Jahres konnte aufgrund des ungewöhnlich hohen Produktionswachstums dann der vorangegangene Einbruch wohl nochmals wettgemacht werden: Die Produktivität legte gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,1 Prozent zu. Im vierten Quartal 2007 war hingegen der Anstieg gegenüber dem Vorjahr mit –0,1 Prozent sogar leicht negativ. Die zuletzt vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt und die Zahl der Erwerbstätigen für das zweite Quartal 2008 lassen einen erneuten Einbruch beim Wachstum der Stundenproduktivität erwarten.⁹ Dies zeigt eine derzeit ausgeprägte Volatilität im Produktivitätsanstieg, die eine Bestimmung der Trendrate deutlich erschwert. Um ein besseres Bild der langfristigen Entwicklung aus diesen Daten ableiten zu können, wurden daher mittels ökonometrisch-statistischer Methoden Annäherungen der trendmäßigen Wachstumsrate vorgenommen.

Ökonometrische Bestimmung der trendmäßigen Produktivitätswachstumsrate

In einem ersten Ansatz wird hier der um Konjunktureffekte bereinigte Trend beim Produktivitätsanstieg untersucht und gefragt, ob sich die Trendraten in verschiedenen Perioden statistisch signifikant unterscheiden.

Um eine genaue Datierung der unterschiedlichen Phasen der trendmäßigen Produktivitätsentwicklung zu bekommen, wurde hierbei eine Modellierung verwendet, die sich an einem Ansatz von Robert Gordon anlehnt.¹⁰ Ziel ist dabei, diejenige mittelfristige Produktivitätsentwicklung herauszufiltern, die um die konjunkturell bedingten Produktivitätsschwankungen bereinigt worden ist. Ausgangspunkt des Ansatzes ist die Beobachtung, dass ein mit dem Zyklus gleichgerichtetes und im Vergleich zum Zyklus vorlaufendes konjunkturbedingtes Produktivitätswachstum ein wichtiges *stilisiertes*

⁸ Solow, R.M.: A Contribution to the Theory of Economic Growth. In: Quarterly Journal of Economics, Vol. 70 Nr. 1, 1956, 65–94; Solow, R.M.: Growth Theory and After. Nobel Prize Lecture to the memory of Alfred Nobel, December 8, 1987; Aghion, P., Howitt, P.: Endogenous Growth Theory. Cambridge, MA 1997; Jones, Ch. I. (2005): Growth and Ideas. In: P. Aghion und S. Durlauf (Hrsg.): Handbook of Economic Growth. Amsterdam 2005, Vol. 1B, 1063–1111.

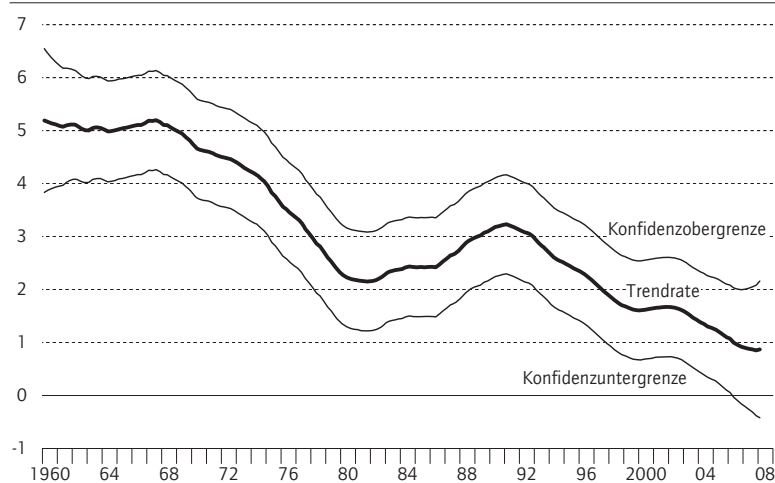
⁹ „Die deutsche Wirtschaft ist im zweiten Quartal 2008 zum ersten Mal seit knapp vier Jahren wieder geschrumpft: Um 0,5 Prozent war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) – preis-, saison- und kalenderbereinigt – niedriger als im ersten Quartal 2008.“ Siehe hierzu Destatis: Schnellmeldung zur Wirtschaftsleistung im 2. Quartal 2008. Pressemitteilung Nr. 290 vom 14. August 2008; sowie Destatis: Leichter Anstieg der Erwerbstätigenzahlen, Pressemitteilung Nr. 276 vom 31. Juli 2008. Das Arbeitsvolumen stieg im zweiten Quartal 2008 gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Prozent.

¹⁰ Vgl. Gordon, R.J.: Exploding Productivity Growth: Context, Causes, and Implications. In: Brookings Papers on Economic Activity, Vol. 34, Nr. 2, 2003, 1–73.

Abbildung 4

Trendrate der Erwerbstätigenstundenproduktivität in Deutschland

Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent

Konfidenzbereich = ± 2 Standardfehler.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Faktum der Konjunkturforschung ist, das heißt als empirisch gesichert gelten kann. Diese Annahme ist wesentlich für die Zurechnung der Produktivitätsschwankungen zu konjunktur- oder trendbedingten Änderungen (Details zur Methodik siehe Kasten Seite 516).

So wurde in einem ersten Schritt die jährliche Wachstumsrate der Stundenproduktivität über eine Regression um Konjunkturreffekte bereinigt. In einem zweiten Schritt wurde die Trendproduktivität ab dem ersten Quartal 1970 bis zum ersten Quartal 2008 geschätzt und deren Konstanz im Zeitablauf getestet. Jeder dabei gefundene „wahrscheinlichste“ Zeitpunkt einer Änderung der Trendwachstumsrate wurde auf seine statistische Signifikanz hin getestet. Danach wurde jeweils der Untersuchungszeitraum entsprechend verkürzt und der nächste mögliche Strukturbruch

gesucht.¹¹ Die erzielten Resultate sind in Tabelle 1 aufgeführt.

Die Ergebnisse deuten auf zwei relativ sicher datierbare und statistisch signifikant erscheinende Strukturbrüche in den Jahren 1977 und 1998 hin.¹² Des Weiteren deuten die Ergebnisse auf eine Veränderung der Trendproduktivitätszunahme um 1982/1983 (eine Rezession mit zwei ausgeprägten „Tälern“) und nach dem Wiedervereinigungsboom hin. Die beiden letztgenannten Ergebnisse sind jedoch – genau wie die mögliche Veränderung der Trendproduktivitätsrate um 2006 – statistisch sehr unsicher.

Aus diesem Grund wurde zusätzlich ein sogenanntes Zustandsraummodell verwendet, das eine flexiblere Modellierung der Trendwachstumsrate von Quartal zu Quartal erlaubt (Näheres siehe Kasten Seite 516).

Abbildung 4 gibt die Entwicklung der sich aus dem Modell ergebenden Trendproduktivität an. Offenbar funktioniert die Datierung auch hier recht gut: Im linken Teil der Abbildung sind sinkende Produktivitätszuwächse in den 1970er Jahren, gefolgt von einer Zunahme ab 1982 bis 1991 deutlich erkennbar. Danach erfolgte eine Abflachung der Trendproduktivitätszunahme bis zum Jahr 1998, gefolgt von einer kurzzeitigen Erholung und einem weiteren Rückgang danach. Zum Ende des Beobachtungszeitraums – ab 2006 – scheint jedoch der Rückgang der Zuwachsraten zum Stillstand zu kommen.

Allerdings darf nicht unerwähnt bleiben, dass eine ökonometrische Bestimmung der Trendwachstumsrate bei der allgemein hohen Volatilität der Wachstumsraten immer mit hohen Unsicherheiten verbunden ist. Abbildung 4 enthält deshalb Konfidenzbänder in Höhe von ± 2 Standardfehlern (dies entspricht näherungsweise einem 95-prozentigen Konfidenzbereich).

Fazit

In den vergangenen Monaten – insbesondere mit der Ausbreitung der Krise bei Hypothekenmärkten und deren Auswirkungen auf die globalen Finanzmärkte – hat die Unsicherheit nicht nur bezüglich der kurzfristigen Entwicklung der Wirtschaft zugenommen. Wegen der vergleichsweise hohen Volatilität der Arbeitsstundenproduktivität

Tabelle 1

Ergebnisse des Andrews-Ploberger (1994) Tests

Stützzeitraum	Wahrscheinlichster Strukturbruch	Irrtumswahrscheinlichkeit in % (H0*: kein Strukturbruch)
1. Quartal 1960 bis 1. Quartal 2008	2. Quartal 1977	0
1. Quartal 1960 bis 2. Quartal 1977	4. Quartal 1969	55
3. Quartal 1977 bis 1. Quartal 2008	1. Quartal 1998	6
3. Quartal 1977 bis 1. Quartal 1998	4. Quartal 1982	11
1. Quartal 1983 bis 1. Quartal 1998	1. Quartal 1991	20
1. Quartal 1998 bis 1. Quartal 2008	1. Quartal 2006	20

* Nullhypothese.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

¹¹ Um die Ergebnisse abzusichern, wurde jeweils zwischen den gefundenen „wahrscheinlichsten“ Bruchpunkten die Prozedur wiederholt.

¹² Der Strukturbruch im Zuge des Beitritts Ostdeutschland wurde durch die Verkettung der Reihen vorher eliminiert.

ist die Bestimmung der Trendwachstumsrate mithilfe ökonometrisch-statistischer Verfahren mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Die hier durchgeführte Analyse deutet darauf hin, dass die Trendwachstumsrate nicht – wie in den zurückliegenden Jahren – weiter rückläufig zu sein scheint. Offenbar ist das Absinken der Trendwachstumsrate zumindest kurzfristig zum Stillstand gekommen. Ob diese Entwicklung Zeichen einer dauerhaften Erholung ist, kann mittels ökonometrischer Tests derzeit nicht schlüssig beantwortet werden. Die Unsicherheiten auf den globalen Finanzmärkten, die Rohstoffpreisinflation sowie die Volatilität beim internationalen Wechselkursgefüge schaffen auch für die zukünftige Entwicklung der Arbeitsproduktivität erhebliche Risiken.

Hinzu kommt, dass die erhofften positiven Effekte der Informations- und Kommunikationstechnologien auf die Trendproduktivität – wie sie für die USA seit Mitte der 90er Jahre vorübergehend wirksam waren¹³ – in Deutschland bisher nicht in gleichem Umfang eingetreten sind.¹⁴ Zwar hat

sich die deutsche Wirtschaft im globalen Wettbewerb als Exportweltmeister behauptet. Diese Entwicklung wurde allerdings vor allem durch sehr moderate Zuwächse der Lohnstückkosten erreicht. Der geringe Anstieg der Lohnstückkosten ist jedoch nicht auf Produktivitätszuwächse, sondern auf Lohnzurückhaltung zurückzuführen.¹⁵

Mithin ist die bisherige Entwicklung bestenfalls eine zweitbeste Lösung für die wirtschaftliche Entwicklung, da sie die weitere positive Einkommensentwicklung bei den Arbeitseinkommen insbesondere aufgrund einer schwachen Binnen- nachfrage hemmt. Eine nachhaltige Verbesserung der Produktivitäts- und Wachstumsentwicklung lässt sich demgegenüber nur erreichen, indem man neue Wachstumsfelder (Energie, Umwelt, Gesundheit, Bildung sowie Erschließung der Nutzungspotentiale der Informations- und Kommunikationstechnologien, Nano- und Biotechnologie) vorantreibt und eine flankierende wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik betreibt.¹⁶

13 Jorgenson, D.W., Stiroh, K.J.: Raising the Speed Limit: U.S. Economic Growth in the Information Age. In: Brookings Papers on Economic Activity, Nr. 1, 2000, 125–212; Jorgenson, D.W., Ho, M.S., Stiroh, K.J.: A Retrospective Look at the U.S. Productivity Growth Resurgence. In: Journal of Economic Perspectives, Vol. 22, Nr. 1, 2008, 3–24.

14 Erber, G., Hagemann, H.: The New Economy in a Growth Crisis. In: K. Hübner (Hrsg.): The Regional Divide, Promises and Realities of the New Economy in a Transatlantic Perspective. London 2005; Erber, G., Madlener, R.: Nested Stochastic Possibility Frontiers with Heterogeneous Capital Inputs. DIW Discussion Papers Nr. 720, 2007.

15 Hauf, S.: Produktivität und Lohnkosten seit 1991 gestiegen. In: StatMagazin, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2007; Fritzsche, U., Kuzin, V.: Unit labor cost growth differentials in the Euro area, Germany, and the US: lessons from PANIC and cluster analysis. DEP Discussion Papers. Macroeconomics and Finance Series 3/2007. Hamburg 2007.

16 Aghion, P., Howitt, P.: Growth with Quality-Improving Innovations: An Integrated Framework. In: P. Aghion und S.N. Durlauf (Hrsg.): Handbook of Economic Growth, Vol. 1A. Amsterdam 2005, 67–110; Aghion, P., Howitt, P.: Appropriate Growth Policy, A Unifying Framework. In: Journal of the European Economic Association, Nr. 4, 2006, 269–314.

JEL Classification:
C22, C32, E23, E24,
E30, E37

Keywords:
Productivity growth,
Time series
decomposition,
Business cycle,
Long-term trend

Angst vor Fremdenfeindlichkeit: Ausländer überweisen mehr ins Heimatland

Elke Holst
eholst@diw.de

Andrea Schäfer
aschaefer@diw.de

Mechthild Schrooten
mschrooten@diw.de

In Deutschland leben etwa sieben Millionen Ausländerinnen und Ausländer. Weitere hier lebende Personen, die bei Geburt eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit besessen haben, sind Eingebürgerte und (Spät-)Aussiedler. Auf der Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) untersucht die vorliegende Studie die Beweggründe dieser Personengruppen, Überweisungen ins Heimatland zu tätigen.

Es zeigt sich: Die in Deutschland lebenden Ausländer sowie die Gruppe der Eingebürgerten und (Spät-)Aussiedler sind in Bezug auf ihr Transferverhalten keine homogene Einheit. Während beispielsweise bei Ausländern die Sorge über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass die Wahrscheinlichkeit Überweisungen in Heimatland zu tätigen und auch die Höhe dieser Zahlungen steigen lässt, ist ein solcher Effekt bei der Gruppe der Eingebürgerten und (Spät-)Aussiedler nicht festzustellen. Auch spielen Erwerbs- und Haushaltseinkommen für die Höhe der Zahlungen nur bei Ausländern eine Rolle. Zudem unterscheidet sich das Überweisungsverhalten dieser Gruppe in Abhängigkeit vom Heimatland.

Die Entscheidung von Migranten, Geld ins Heimatland zu transferieren, steht im Mittelpunkt der vorliegenden Studie. Dabei wird das Überweisungsverhalten von zwei Migrantengruppen untersucht: einerseits die Gruppe der Ausländer und andererseits die Gruppe der Eingebürgerten und (Spät-)Aussiedler¹, also derjenigen, die die deutsche Staatsbürgerschaft erst im Laufe ihres Lebens erworben haben.² Die Unterscheidung zwischen diesen beiden Gruppen ist wichtig, da viele Studien darauf hindeuten, dass der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft mit Verhaltensänderungen einhergeht.³ Hier wird unseres Wissens zum ersten Mal untersucht, ob dies auch für Überweisungen ins Heimatland gilt. Für jede der beiden Personengruppen werden die Bestimmungsgründe zur Erklärung der „Wahrscheinlichkeit Remittances zu leisten“ und „der Höhe der geleisteten Remittances“ untersucht. Datenbasis für die Untersuchung ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) der Jahre 2001 bis 2006.⁴

¹ Die Gruppe der „Spätaussiedler“ und „Aussiedler“ wird hier vereinfachend auch als „Aussiedler“ bezeichnet.

² Vgl. Holst, E., Schrooten, M.: Migration and Money. What Determines Remittances? DIW Discussion Papers Nr. 566, 2006.

Zur Diskussion um den Begriff „Migrant“ vgl. auch: Tucci, I.: Was ist ein Immigrant? Theoretische Überlegungen und methodische Anmerkungen für Analysen mit Bezug zur Migration mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) 2006.

³ Vgl. z. B. Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen: Land der neuen Integrationschancen. 2008. www.mfgi.nrw.de

⁴ Vgl. Wagner, G. G., Frick, J. R., Schupp, J.: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancements. In: Schmollers Jahrbuch, Vol. 127, Nr. 1, 2007, 139–169. Grundlage der Auswertung sind die Antworten auf die Fragen: Haben Sie persönlich im letzten Jahr, also ..., Zahlungen oder Unterstützungen an Verwandte oder sonstige Personen außerhalb dieses Haushalts geleistet? Wie hoch war der Betrag in etwa? ... Wo lebt der Empfänger? Deutschland? Ausland?

Tabelle 1

Ausländische Bevölkerung

	Insgesamt	Anteil Frauen
2000	7 267,6	46,7
2001	7 318,3	47,0
2002	7 348,0	47,3
2003	7 341,8	47,7
2004	7 288,0	48,0
2005	7 289,1	48,3
2006	7 256,0	48,5

Quelle: Statistisches Bundesamt,
Bevölkerungsfortschreibung.

DIW Berlin 2008

Hintergrund: Ausländer, Eingebürgerte und Aussiedler in Deutschland

In Deutschland leben etwa sieben Millionen Ausländerinnen und Ausländer (Tabelle 1).⁵ Mehr als die Hälfte davon kommt aus der Türkei, Italien, Polen, Griechenland oder dem ehemaligen Jugoslawien. Der Frauenanteil differiert nach Herkunftsland. So liegt er beispielsweise für Russland und die Ukraine bei über 60 Prozent, für das Vereinigte Königreich und Italien hingegen bei nur rund 40 Prozent. Insgesamt überwiegt der Anteil der Männer leicht.

Wie viele Eingebürgerte insgesamt in Deutschland leben, ist nicht genau bekannt. Im Jahr 2007 wurden 113 030 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert, davon waren etwas mehr als die Hälfte Frauen (Tabelle 2). Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Einbürgerungen um gut zehn Prozent gesunken. Die Mehrzahl der Einbürgerungen betraf Menschen im erwerbsfähigen Alter (15–65 Jahre) (Tabelle 3).⁶ Zu den Eingebürgerten gehören auch Menschen, die in Deutschland geboren sind. Aussiedler sind Angehörige deutscher Minderheiten aus den Staaten Ost- und Südosteuropas. Im Jahr 2007 reisten 5 792 Spätaussiedler (einschließlich Familienangehörige) nach Deutschland ein.⁷ Ihre Zahl war gegenüber dem Vorjahr deutlich rückläufig (2006: 7 750).⁸

⁵ Nach den Angaben des Ausländerzentralregisters leben in Deutschland 6,7 Millionen Ausländerinnen und Ausländer (Stand: 31.12.2007). Legt man die Bevölkerungsfortschreibung zugrunde, so werden die Angaben des Ausländerzentralregisters systematisch übertroffen. Nach der Bevölkerungsfortschreibung lebten Ende 2006 mehr als 7,2 Millionen Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland.

⁶ Weit größer als die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer ist die der hier ansässigen Menschen mit Migrationshintergrund. Das Statistische Bundesamt gibt ihre Zahl mit mehr als 15 Millionen an. Das Statistische Bundesamt definiert die Bevölkerung mit Migrationshintergrund als die seit 1950 nach Deutschland zugewanderten Personen und deren Nachkommen. Diese Gruppe erreicht einen Anteil von 18,4 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Angaben auf Basis des Mikrozensus. www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2008/03/PD08__105__12521,templateId=renderPrint.psml

⁷ www.bmi.bund.de/cln_028/nn_122304/Internet/Content/Nachrichten/Pressemitteilungen/2008/01/Zuwanderung.html

⁸ Zu den Bedingungen unter denen die Spätaussiedlerbescheinigung erstellt wird vgl. www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/

Tabelle 2

Ausländische Bevölkerung – Einbürgerungen

Einbürgerungen	2004	2005	2006	2007
Deutschland insgesamt	127 153	117 241	124 566	113 030
Anteil Frauen	49,2	48,9	49,4	50,4

Quelle: Statistisches Bundesamt: Einbürgerungsstatistik.

DIW Berlin 2008

Remittances als Versicherung?

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sind Remittances – also Überweisungen von Migranten in ihre Heimatländer – Bestandteil des Bruttonational-einkommens des jeweiligen Herkunftslandes. Vielfach werden Remittances als eine der treibenden Kräfte für Migration begriffen.⁹ Diese Zahlungen, so die Argumentation, kompensieren im Heimatland der Migranten für den sogenannten *Brain Drain*, den Ausfall des Humankapitals. Die Entscheidung Remittances zu tätigen – so die mikroökonomische Theorie – erfolgt entweder allein durch den Migranten oder aber kollektiv durch den transnationalen Haushalt des Migranten. Ansätze, die die individuelle Entscheidung der Migranten in den Mittelpunkt stellen, argumentieren häufig mit deren Altruismus.¹⁰ Demnach spiele die Einkommensdifferenz zwischen

Anlagen/Broschüren/2006/WiD_Spaetaussiedler_de,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/WiD_Spaetaussiedler_de.pdf

⁹ Vgl. The World Bank: Migration and Remittances Factbook. Washington, D.C. 2008. Weltweit wurden im Jahr Überweisungen in Höhe von 251 Milliarden US-Dollar in den Zahlungsbilanzstatistiken erfasst. Die tatsächlichen Zahlungen dürften deutlich über diesen offiziellen Angaben liegen. http://siteresources.worldbank.org/INTPROSPECTS/Resources/334934-1110315015165/MD_Brief5.pdf

¹⁰ Stark, O.: Altruism and Beyond. Cambridge, MA 1995.

Tabelle 3

Ausländische Bevölkerung – Einbürgerungen

Einbürgerungen 2007 nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Anteil Frauen
unter 5	2 247	49,8
5–10	5 964	47,5
10–15	8 692	48,2
15–20	12 515	51,3
20–25	12 290	56,1
25–35	29 433	51,2
35–45	25 813	47,5
45–55	10 051	52,0
55–65	4 059	51,7
65–75	1 557	47,4
75–85	367	39,5
85–95	42	47,6
95 und mehr	–	–
Insgesamt	113 030	50,4

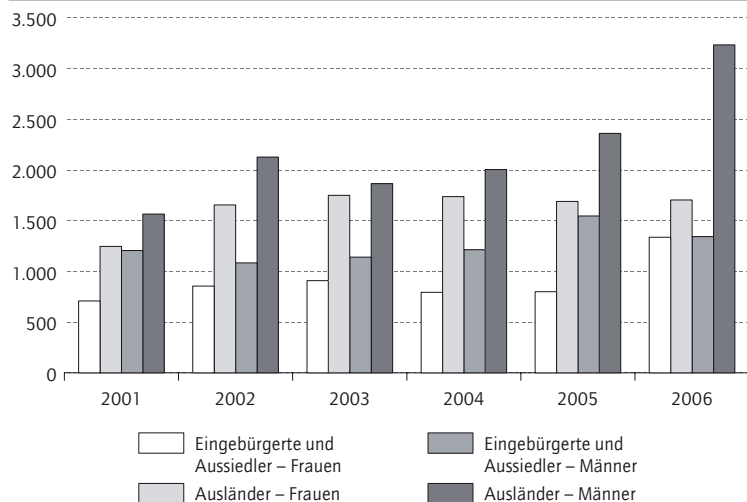
Quelle: Einbürgerungsstatistik.

DIW Berlin 2008

Abbildung 1

Durchschnittlicher Betrag der jährlichen Remittances von überweisenden Ausländern, Eingebürgerten und Aussiedlern nach Geschlecht

2001 bis 2006, in Euro



Hinweis: nur Personen älter als 17 Jahre, in Privathaushalten lebend.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Migrant und Transferempfänger eine entscheidende Rolle.

Andere Erklärungsansätze, die den Haushalt als die wichtige Entscheidungseinheit ansehen, erklären die Überweisungen ins Heimatland üblicherweise mit innerfamiliären Investitionsent-

scheidungen und Versicherungsfunktionen.¹¹ Die bestehenden transnationalen Netzwerke – so die Annahme – ermöglichen in diesem Zusammenhang eine grenzüberschreitende Allokation der Finanzressourcen und eine Risikodiversifikation. Dieser Argumentation folgend sind unter anderem das Alter, die Aufenthaltsdauer im Gastland, aber auch „weiche“ Faktoren wie beispielsweise Rückkehrpläne des Migranten von Bedeutung für die Remittances-Entscheidung. In diesem Rahmen könnte auch die Sorge vor Fremdenfeindlichkeit im Gastland einen Einfluss auf die Entscheidung für Remittances haben.

Überweisungen ins Heimatland nehmen zu

Nicht alle in Deutschland lebenden Migranten tätigen Überweisungen ins Heimatland. Nach den SOEP-Daten überwiesen im Jahr 2006 etwa zehn Prozent der in Deutschland lebenden Ausländer sowie der Eingebürgerten und Aussiedler Geld ins Heimatland. Damit wird deutlich, dass die ökonomische Bindung zum Heimatland nicht mit dem Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft abbricht. Allerdings zeigt sich ein „Staatsbürgerschaftseffekt“ bei der Höhe der Überweisungen. Im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2006 wurden von den ausländischen Männern, die eine Überweisung tätigten, pro Kopf jährlich einen Transfers in Höhe von rund 2 100 Euro geleistet; der Vergleichswert für Frauen lag bei etwa 1 600 Euro. Die Zahlungen von Eingebürgerten und Aussiedlern erreichten bei den Männern rund 1 300 Euro; der Vergleichswert für Frauen lag bei 900 Euro (Abbildung 1).

Den hier betrachteten Gruppen ist gemeinsam, dass die nominalen Überweisungen im Beobachtungszeitraum tendenziell zugenommen haben. Es zeigt sich auch, dass die Mittelwerte und Mediane in diesem Zeitraum auseinanderdriften, daher ist davon auszugehen, dass die Streuung der Zahlungen angestiegen ist. Besonders hohe nominale Zuwächse sind bei männlichen Ausländern zu verbuchen. Überwiesen sie im Jahr 2001 im Durchschnitt 1 565 Euro, so lag der Vergleichswert im Jahr 2006 mit rund 3 234 Euro etwa doppelt so hoch. Zwar haben die Überweisungen ausländischer Frauen im Vergleichszeitraum ebenfalls erheblich zugenommen, allerdings blieben sie nominal mit 1 705 Euro im Jahr 2006 (2001: 1 247 Euro) immer noch weit hinter den Zahlungen der Männer zurück. In der Gruppe der Eingebürgerten und Aussiedler haben die Zahlungen ebenfalls

Tabelle 4

Remittances-Erwerbseinkommens-Relation¹

Mittelwert und Median in Prozent

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Aussiedler und Eingebürgerte						
Mittelwert						
Frauen	28,4	12,5	9,2	6,3	7,8	10,0
Männer	3,8	5,0	3,8	5,6	9,5	8,6
Median						
Frauen	3,2	2,5	3,8	3,4	3,3	3,4
Männer	2,8	3,2	2,6	3,0	2,0	2,0
Ausländerinnen und Ausländer						
Mittelwert						
Frauen	17,4	37,4	23,1	29,5	44,4	21,5
Männer	12,3	12,6	8,6	11,0	12,9	23,4
Median						
Frauen	8,0	7,4	8,3	8,5	10,0	6,8
Männer	4,5	4,2	6,2	5,4	3,8	4,7

¹ Die Remittances-Erwerbseinkommens-Relation errechnet sich aus der Division der jährlichen Rücküberweisungen durch das Brutto-Erwerbseinkommen.

Hinweis: Personen ohne Erwerbseinkommen bzw. ohne Remittances wurden ausgeschlossen.

Fallzahlen für Personen mit Remittances und Erwerbseinkommen: Ausländer/-innen N=793;

Deutsche mit Migrationshintergrund N=586

Lebebeispiel: Ausländerinnen überweisen im Jahr 2006 durchschnittlich 21,5 Prozent ihres Jahreserwerbseinkommens ins Ausland

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

¹¹ Eine Übersicht über Erklärungsansätze der Remittances-Entscheidung bieten Rapoport, H., Docquier, F.: The Economics of Migrants' Remittances, IZA Discussion Paper Nr. 1531. Bonn 2005.

tendenziell zugenommen. Auch hier zeigt sich, Frauen überweisen nominal weniger als Männer. Allerdings stiegen im Beobachtungszeitraum in dieser Gruppe die Zahlungen der Frauen mit einer höheren Dynamik als die der Männer.

Wird der Anteil der Überweisungen am Erwerbseinkommen als Vergleichsgröße herangezogen, zeigt sich, dass Frauen meistens mehr transferierten als Männer in der jeweiligen Vergleichsgruppe (Tabelle 4). Die Hälfte der im SOEP beobachteten Ausländerinnen überwies im Jahr 2006 bis zu sieben Prozent ihres Erwerbseinkommens an Personen im Heimatland, bei den ausländischen Männern lag der Vergleichswert bei nur fünf Prozent. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, lagen im Beobachtungszeitraum auch die auf den Mittelwerten beruhenden Anteile der Frauen über jenen der Männer.¹²

Welche Größen beeinflussen das Überweisungsverhalten?

In Anlehnung an die existierende Literatur wird hier angenommen, dass Fähigkeiten, Fertigkeiten und zugeschriebene Eigenschaften ebenso wie strukturelle Faktoren des Haushalts, die Integration ins Zielland und transnationale Aktivitäten sowie Einstellungen der Personen einen Einfluss auf das Transferverhalten haben. Vor dem Hintergrund aktueller Analysen zum Themenkreis Migration, Integration und Staatsbürgerschaft¹³ werden für die multivariate Analyse folgende Variablen herangezogen:

Alter: Es wird angenommen, dass mit dem Alter des Überweisenden sowohl die Wahrscheinlichkeit derartige Zahlungen zu tätigen, als auch die Höhe des Betrages steigt. Dieser Zusammenhang dürfte mit fortschreitendem Alter aber abnehmen.¹⁴

Geschlecht: Offenbar spielt auch das Geschlecht eine wichtige Rolle bei der Erklärung von Remittances. Allerdings lassen die Ergebnisse bisheriger Studien zum Überweisungsverhalten keine eindeutigen Schlüsse zu, ob Frauen mehr oder weniger Geld ins Herkunftsland transfe-

rieren. Während einige Studien einen negativen Zusammenhang zwischen dem Merkmal Frau und der Höhe der Überweisung finden, gilt dies nicht zwangsläufig für die Überweisungswahrscheinlichkeit.¹⁵

Bildung: In Übereinstimmung mit der existierenden Literatur wird davon ausgegangen, dass die Bildung beziehungsweise der Bildungsabschluss gemessen in Bildungsjahren einen positiven Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, aber auch auf die Höhe der Überweisungen ins Heimatland hat.

Einkommen: Es wird weiterhin angenommen, dass das individuelle *Netto-Erwerbseinkommen* die Höhe der Überweisungen in Ausland positiv beeinflusst. Darüber hinaus wird die Bedeutung des Einkommens weiterer Haushaltsmitglieder, also des bereinigten *bedarfsgewichteten Netto-Haushaltseinkommens* für das Überweisungsverhalten untersucht und angenommen, dass dieses ebenso wie der eigene Verdienst positiv mit dem Überweisungsverhalten korreliert.¹⁶

Familienstand: Zahlreiche Studien deuten darauf hin, dass Ehepartner und Ehepartnerinnen nicht nur häufiger, sondern auch mehr überweisen als unverheiratete. Daher wird hier ein positiver Zusammenhang zwischen dem Merkmal „verheiratet“ und der Wahrscheinlichkeit wie auch der Höhe von Überweisungen erwartet.

Geografische Verortung und transnationales Leben: Die *Haushaltsgröße* in Deutschland kann als Indikator für die geografische Verortung der Familie der Überweisenden verstanden werden. Es wird davon folglich ausgegangen, dass die Haushaltsgröße in Deutschland einen negativen Einfluss auf die Höhe und Wahrscheinlichkeit von Remittances hat – wer mit seiner Familie seinen Lebensmittelpunkt in Deutschland hat, wird weniger zu Überweisungen neigen, als jemand, dessen Familienmitglieder im Herkunftsland leben.

¹² Zuletzt waren die Zahlungen ausländischer Männer nominal deutlich gestiegen. Dies ging nahezu mit einer Verdoppelung des Anteilswertes am Erwerbseinkommen einher.

¹³ Vgl. z. B. Constant, A. F., Kahanec, M., Zimmermann, K.: Attitudes towards immigrants, other integration barriers, and their veracity. DIW Discussion Papers Nr. 812, 2008.

¹⁴ Dieser Effekt wird mit der Variablen „Alter zum Quadrat“ überprüft. In Übereinstimmung mit existierenden Studien wird ein nicht linearer Zusammenhang zwischen Überweisungen und dem Lebensalter angenommen. Anders ausgedrückt: Für die Variable „Alter“ wird ein positives Vorzeichen, für die Variable „Alter zum Quadrat“ ein negatives Vorzeichen erwartet.

¹⁵ Vgl. Merkle, L., Zimmermann, K. F.: Savings, remittances, and return migration. *Economic Letters*, 38, 1992, 77–81; Oser, U.: Remittances of Guest Workers to their Home Countries: An Econometric Analysis. Diskussionspapier Nr. 25. Universität Konstanz 1995.

Holst, E., Schrooten, M.: Migration and Money – What Determines Remittances? Evidence from Germany. DIW Discussion Papers Nr. 566, 2006. Die oben genannten Studien legen den SOEP Datensatz zugrunde. Mithilfe eines anderen Datensatzes kommen auch Orozco et al. zu einem ähnlichen Ergebnis. Vgl. Orozco, M., Lowell, L. B., Schneider, J.: Gender-Specific Determinants of Remittances: Differences in Structure and Motivation. Report to the World Bank Group Gender and Development Group, PREM. 2006.

¹⁶ Verwendet wird das um das eigene Netto-Erwerbseinkommen bereinigte bedarfsgewichtete Netto-Haushaltseinkommen (ln). Diese Größe berücksichtigt auftretenden Skaleneffekte bei Mehrpersonenhaushalten. Technisch wird es ermittelt, indem das Netto-Haushaltseinkommen durch den Wert geteilt wird, der sich wie folgt errechnet: Die erste erwachsene Person im Haushalt erhält den Wert 1, die zweite den Wert 0,7, Kinder unter 16 Jahren den Wert 0,5. Für einen 4-Personen-Haushalt mit zwei Kindern ergibt somit der Wert von 2,7 (neue OECD-Skala).

Tabelle 5

Determinanten der Entscheidung überhaupt Überweisungen zu tätigen (Probit)

	Ausländer	Aussiedler und Eingebürgerte
Alter	0.079 (2.46)**	0.104 (2.60)***
Alter zum Quadrat	-0.001 (2.92)***	-0.001 (2.60)***
Geschlecht (Frau = 1)	-0.201 (1.64)	-0.241 (1.48)
Verheiratet (ja = 1)	0.457 (2.90)***	0.427 (2.10)**
Bildung	0.027 (1.24)	0.062 (2.18)**
Individuelles Netto-Erwerbseinkommen (ln)	0.098 (5.84)***	0.037 (1.53)
Bedarfsgewichtetes Netto-Haushaltseinkommen (bereinigt um das eigene Netto-Erwerbseinkommen) (ln)	0.028 (2.16)**	0.024 (1.31)
Haushaltsgröße in Deutschland	-0.145 (3.42)***	-0.044 (0.78)
Relative Aufenthaltsdauer	0.032 (2.65)***	0.025 (0.79)
Rückkehrpläne (ja = 1)	0.169 (2.00)**	0.320 (1.71)*
Besuche im Heimatland ¹ (ja = 1)	0.349 (2.42)**	0.316 (2.44)**
Angst vor Ausländerfeindlichkeit (ja = 1)	0.241 (2.64)***	0.008 (0.06)
Herkunftsland Aussiedler (ja = 1) ²		0.443 (2.68)***
Türkei (ja = 1) ²	-0.065 (0.46)	
Ehemaliges Jugoslawien (ja = 1) ²	0.837 (5.46)***	
Italien (ja = 1) ²	-1.468 (6.05)***	
Konstante	-4.614 (5.90)***	-5.493 (5.99)***
N (Fallzahl)	5677	2235
N (Personen)	1297	631
Log Likelihood	-1588.15	-826.07

¹ In den letzten beiden Jahren.

Absolute Werte der Z-Statistik in Klammern; * Signifikant bei 10%, ** signifikant bei 5%, *** signifikant bei 1%.

² Referenz: alle anderen.

Quellen: SOEP 2001–2006; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

erhalten als jene, die sich hier erst kürzere Zeit aufhalten. Eine 40-jährige Ausländerin etwa, die vier Jahre in Deutschland lebt, erhält einen Wert von 10 für die relative Aufenthaltsdauer. Eine 40-jährige Ausländerin dagegen, die 30 Jahre ihres Lebens in Deutschland verbracht hat, kommt auf einen Wert von 1,3. Für Menschen, die in Deutschland geboren sind und sich hier seit ihrer Geburt aufhalten, erreicht dieser Indikator einen Wert von 1. Mit der relativen Aufenthaltsdauer in Deutschland, so wird angenommen, steigt die eigene geografische Verortung in Deutschland; die Remittances nehmen ab. Folglich wird davon ausgegangen, dass die relative Aufenthaltsdauer einen positiven Einfluss auf das Überweisungsverhalten hat.

Herkunftsland: Auch dürfte das Überweisungsverhalten auf spezielle Charakteristika des jeweiligen *Herkunftslandes* zurückzuführen sein. Hier wird dieser Effekt für ausgewählte Gruppen untersucht: Bei den *Aussiedlern* wird angenommen, dass sie mehr als andere überweisen, weil in vielen Fällen das Einkommensgefälle zwischen der Bundesrepublik und den Ländern ihrer Geburt besonders ausgeprägt ist. Ähnliches gilt für Menschen aus den Staaten des *ehemaligen Jugoslawiens*. Hier dürfte zudem zu Buche schlagen, dass Verwandte und Freunde dieses Personenkreises im Heimatland teilweise immer noch unter prekären Bedingungen leben. In älteren Studien wurde gezeigt, dass Menschen aus der *Türkei* mehr überweisen als andere Ausländer. Dies könnte auch auf das Einkommensgefälle zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei zurückgehen; neuere Studien haben einen solchen Effekt nicht mehr nachgewiesen.¹⁷ *Italiener* stellen eine weitere wichtige Gruppe unter den Ausländern dar. Bei ihnen ist davon auszugehen, dass aufgrund der EU-Mitgliedschaft ihres Heimatlandes und des relativ geringen Einkommensgefälles zwischen Deutschland und Italien kein signifikanter Effekt der Nationalität auf das Überweisungsverhalten zu erwarten ist.

Xenophobie: Das SOEP ermöglicht es darüber hinaus, die Sorgen von Menschen in die Analyse einzubeziehen. Erfragt wird unter anderem, ob („große/einige“ oder „keine“) *Sorgen um Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland* bestehen. Es wird davon ausgegangen, dass bei Vorhandensein von („großen/einigen“) Sorgen in dieser Hinsicht die Remittances höher liegen als bei jenen, die diese Ängste nicht haben. Dies lässt sich unter anderem damit erklären, dass

¹⁷ Holst, E., Schrooten, M.: Migration und Geld: Überweisungen aus Deutschland ins Heimatland erheblich. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 19/2007.

Eigene *Rückkehrpläne*, wie auch *Besuche in den letzten zwei Jahren im Heimatland* werden als Indikator eines aktiven transnationalen Lebens verstanden. Es wird daher davon ausgegangen, dass hier ein positiver Zusammenhang zu Überweisungen besteht.

Die *relative Aufenthaltsdauer* wird hier definiert als Alter dividiert durch die Jahre in Deutschland. Bei dieser Größe ist zu beachten, dass Personen, die schon lange in Deutschland leben, einen geringeren Wert für die relative Aufenthaltsdauer

mit steigenden Ängsten nach Alternativen in der geografischen Verortung gesucht wird.

Angst vor Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass: Die Wahrscheinlichkeit von Remittances steigt nur bei Ausländern

Mittels eines multivariaten Schätzverfahrens wird zunächst die Bedeutung einzelner Beweggründe, überhaupt Remittances zu leisten, untersucht. Dabei wird wiederum zwischen Ausländern und Eingebürgerten und Aussiedlern unterschieden. Gemeinsam ist beiden Gruppen, dass Alter, Bildung, Besuche im Heimatland und die eigenen Remigrationspläne einen positiven Effekt auf die Wahrscheinlichkeit haben, Geld ins Heimatland zu überweisen (Tabelle 5). Ein solcher positiver Effekt ist auch für Verheiratete im Vergleich zu Unverheirateten nachzuweisen. Frauen und Männer unterscheiden sich nicht in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit, Remittances zu tätigen.

Innerhalb der Gruppe der Eingebürgerten und Aussiedler sind es die Aussiedler und innerhalb der Gruppe der Ausländer jene aus dem früheren Jugoslawien, die besonders häufig Überweisungen tätigen. Somit dürfte sich bestätigen, dass die zuvor genannten Spezifika des Herkunftslandes für Remittances eine Rolle spielen. Das unterstützen auch die Ergebnisse für die aus dem EU-Mitgliedsland Italien stammenden Ausländer: Für sie werden vergleichsweise geringe Wahrscheinlichkeiten ermittelt. Offenbar spielt eine Rolle, dass die EU-Mitgliedschaft mit einem geringen Druck zur Rückkehr ins Heimatland verbunden ist. Auch mag das relativ geringe Einkommensgefälle zwischen Deutschland und Italien von Bedeutung sein.

Während für die Gruppe der Eingebürgerten und Aussiedler keine weiteren im Modell berücksichtigten Einflussfaktoren von statistisch signifikanter Bedeutung sind, gilt dies nicht für Ausländer. In dieser Gruppe haben die Sorgen im Zusammenhang mit Fremdenfeindlichkeit in Deutschland durchaus einen Einfluss auf ihr Überweisungsverhalten: Sie erhöhen die Wahrscheinlichkeit, Remittances zu tätigen. Hier mag der im Vergleich zu Eingebürgerten und Aussiedlern eingeschränkte rechtliche Status von Ausländern dazu beitragen, dass weitere Sicherheiten im Ausland gesucht werden. Nach den vorliegenden Ergebnissen steigt nur in der Gruppe der Ausländer mit der Höhe des eigenen Erwerbseinkommens und mit dem bedarfsgewichteten Netto-Haushaltseinkommen die Wahrscheinlichkeit für Remittances. Auch nimmt mit der relativen Aufenthaltsdauer – gemessen in

Alter/Jahre in Deutschland – für Ausländer die Wahrscheinlichkeit zu überweisen zu. Je geringer der Anteil der in Deutschland verbrachten Lebenszeit – also umso größer die „relative Aufenthaltsdauer“ ist – desto häufiger wird überwiesen. Es spricht also einiges dafür, dass der Ort des Lebensmittelpunktes eine Rolle in Bezug auf das Überweisungsverhalten spielt. Wird die Haushaltsgröße in Deutschland als ein Maß für die geografische Verortung und damit für die Wahl des aktuellen Lebensmittelpunktes interpretiert, überrascht es nicht, dass sie bei den Ausländern mit der Überweisungswahrscheinlichkeit negativ

Tabelle 6

Determinanten der Höhe von Remittances (Tobit)

	Ausländer	Aussiedler und Eingebürgerte
Alter	0.342 (2.86)***	0.472 (3.51)***
Alter zum Quadrat	-0.004 (3.37)***	-0.005 (3.47)***
Geschlecht (Frau = 1)	-0.804 (1.87)*	-0.800 (1.57)
Verheiratet (ja = 1)	2.251 (3.79)***	2.740 (3.81)***
Bildung	0.174 (2.29)**	0.244 (2.70)***
Individuelles Netto-Erwerbseinkommen (ln)	0.575 (8.00)***	0.152 (1.75)*
Bedarfsgewichtetes Netto-Haushaltseinkommen (bereinigt um das eigene Netto-Erwerbseinkommen) (ln)	0.124 (2.22)**	0.054 (0.78)
Haushaltsgröße in Deutschland	-0.944 (5.65)***	-0.316 (1.57)
Relative Aufenthaltsdauer	0.203 (3.98)***	0.225 (1.83)*
Rückkehrpläne (ja = 1)	0.830 (2.21)**	1.431 (1.90)*
Besuche im Heimatland ¹ (ja = 1)	1.771 (2.66)***	1.366 (2.66)***
Angst vor Ausländerfeindlichkeit (ja = 1)	1.599 (3.57)***	0.191 (0.35)
Herkunftsland		
Aussiedler (ja = 1) ²		1.580 (3.03)***
Türkei (ja = 1) ²	0.121 (0.24)	
Ehemaliges Jugoslawien (ja = 1) ²	4.141 (7.92)***	
Italien (ja = 1) ²	-7.308 (8.03)***	
Konstante	-21.957 (7.44)***	-23.285 (7.50)***
N (Fallzahl)	5677	2235
N (Personen)	1297	631
Log Likelihood	-3768.59	-1942.55

¹ In den letzten beiden Jahren.
Absolute Werte der Z-Statistik in Klammern; * Signifikant bei 10%, ** signifikant bei 5%, *** signifikant bei 1%.

² Referenz: alle anderen.

Quellen: 2001–2006; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

korreliert. Je mehr Haushaltsangehörige also im Zuwanderungsland leben, desto geringer die Überweisungswahrscheinlichkeit.¹⁸

Remittances sind Teil eines privaten transnationalen Versicherungssystems

Als erklärende Größen für die *Höhe* der geleisteten Remittances haben wir die gleichen Faktoren wie bei der Überweisungswahrscheinlichkeit berücksichtigt. Alter, Bildung, Besuche im Heimatland und die eigenen Remigrationspläne sowie der Familienstand („verheiratet“) haben auch auf die Überweisungshöhe einen positiven Effekt für beide betrachteten Gruppen (Tabelle 6).

Hinzu kommt, dass nicht nur für Ausländer, sondern auch bei Eingebürgerten und Aussiedlern die Höhe der Überweisungen vom Netto-Erwerbseinkommen und von der relativen Aufenthaltsdauer abhängt. Das Geschlecht ist allerdings nur bei den Ausländern relevant: Frauen überweisen hier signifikant weniger Geld als Männer. Auch nimmt in der Gruppe der Ausländer der transferierte Betrag mit dem Haushaltseinkommen zu; die Haushaltsgröße in Deutschland wirkt dagegen dämpfend auf die Überweisungen.

Zudem haben in der Gruppe der Ausländer die Sorgen im Zusammenhang mit Ausländerfeindlichkeit einen deutlichen Einfluss auf die Überweisungen: Die Transfers steigen, wenn derartige Ängste vorhanden sind. Angesichts dieses Ergebnisses spricht vieles dafür, dass die Remittances tatsächlich Teil eines transnationalen intrafamiliären Versicherungssystems sind, das zu einer verbesserten Risikoallokation beitragen kann. Remittances sind in diesem Fall teilweise als Versicherungsprämie zu verstehen. Bleibt man in diesem Bild, so wären im Falle der Rückkehr ins Heimatland Leistungen von den dort ansässigen Angehörigen zu erwarten.

In der Gruppe der Eingebürgerten und Aussiedler überweisen die Aussiedler mehr als die Eingebürgerten; dies mag auch an dem ausgeprägten Einkommensgefälle zwischen Deutschland und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion liegen, aus denen die meisten Aussiedler stammen. In der Gruppe der Ausländer überweisen Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien signifikant mehr als andere. Italiener dagegen überweisen deutlich weniger als andere.

JEL Classification:
F22, J61, D10

Keywords:
Remittances, Immigrant
workers, Household
behavior

¹⁸ Bei der Gruppe der Eingebürgerten und Aussiedler zeigt der Koeffizient zwar auch ein negatives Vorzeichen, die Variable ist aber insignifikant. Dies dürfte auch damit zusammenhängen, dass gerade im Fall der Aussiedler oftmals der gesamte Haushalt migriert.

Fazit

Ausländer sowie Eingebürgerte und Aussiedler stellen in Bezug auf ihre Entscheidung Geld in das Heimatland zu überweisen keineswegs eine homogene Gruppe dar. Dies gilt sowohl in Bezug auf die Determinanten der Entscheidung, überhaupt Remittances zu tätigen, als auch in Bezug auf die Höhe der Remittances. Ein zentrales Ergebnis der vorliegenden Studie ist: Der Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft hat offenbar einen wichtigen Einfluss auf die Motivation, Geld ins Herkunftsland zu überweisen.

Zwar weisen die beiden analysierten Bevölkerungsgruppen auch Gemeinsamkeiten in ihrem Überweisungsverhalten auf. So haben für beide Gruppen Alter, Bildung sowie Rückkehrpläne ins Heimatland positive Effekte auf das Überweisungsverhalten. Jedoch sind auch spezielle Charakteristika des jeweiligen Herkunftslandes von Belang. Innerhalb der Gruppe der Aussiedler und Eingebürgerten überweisen die Aussiedler mehr. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass das Einkommensgefälle zwischen der Bundesrepublik und den Geburtsländern bei Aussiedlern – meist Nachfolgestaaten der Sowjetunion – bis heute besonders ausgeprägt ist. Für Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien mag Ähnliches eine Rolle spielen. Italiener überweisen vergleichsweise weniger Geld, was auf ihren aus der EU-Mitgliedschaft resultierenden aufenthaltsrechtlichen Status, aber auch auf das relativ geringe Einkommensgefälle zwischen Deutschland und Italien zurückzuführen sein dürfte.

Die Einkommenshöhe hat vor allem für das Überweisungsverhalten von Ausländern Bedeutung. Auch Sorgen in Bezug auf Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass tangieren nur das Überweisungsverhalten von Ausländern und nicht das von Eingebürgerten und Aussiedlern. Der Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft hat offenbar einen erheblichen Einfluss auf das Überweisungsverhalten. Die eigene geografische Verortung spielt demnach eine Rolle bei der geografischen Verortung der vorhandenen Finanzressourcen. Um in dieser Konstellation eine sinnvolle transnationale Allokation der vielfach knappen Finanzressourcen von Ausländern zu erleichtern, wäre es sinnvoll, die Ursachen der Sorgen und Ängste vor Ausländerfeindlichkeit zu bekämpfen und die Identifikation mit dem Gastland zu stärken. Dazu könnte auch das aktuelle Antidiskriminierungsgesetz beitragen.¹⁹

¹⁹ Vgl. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG): www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/agg/gesamt.pdf

Christian Schmitt

**Labour Market Integration and the Transition to Parenthood:
A Comparison of Germany and the UK**

The aim of this paper is to investigate the hypothesis that after leaving the educational system, labour market integration has a causal effect on first-birth decisions. The analysis focuses on two major research questions: First, how is the timing of first parenthood associated with previous labour market performance? Second, can differences in first birth-risks be related to labour market performance? In other words, to what extent do the fertility decisions of successfully integrated individuals differ from those who are poorly integrated into the labour force? To account for the impact of cross-national differences in institutional settings, I contrast the continental conservative German welfare state with the liberal market economy of the UK. To account for gender-specific differences in opportunity costs, I distinguish between men and women in this analysis. Using longitudinal micro-data from the SOEP and BHPS, I apply a piecewise constant exponential hazard model. The results show a significantly reduced first-birth risk in the case of German men with weak occupational integration, as well as in the case of British and German women with pronounced labour market attachment. Furthermore, regarding the timing of family formation, a lengthy process of occupational integration tends to delay the transition to parenthood for both men and women, especially in Germany.

Discussion Paper No. 808

August 2008

Georg Meran and Nadine Wittmann

**Green, Brown, and Now White Certificates – Are Three One Too Many?
A Micromodel of Market Interaction**

Our paper deals with modeling the effects of introducing a market-based tool for improving end-users' efficiency in an energy market which is already regulated through a cap-and-trade system for green house gas emissions and a quota system meant to improve competitiveness of energy produced using renewable resources. Our results show that the regulation of energy demand achieves its underlying objects of energy savings and energy efficiency solely at the expense of other goals such as the environmental efficiency of energy production. In our model, the implementation of a market for White Certificates (WCTS) causes energy producers' investment in abatement to decrease along with the price for Brown Certificates and the amount of renewable energy demanded. Once we turn to the currently more empirically relevant case of integrating end-users only partially into WCTS, the unregulated group compensates in parts for the decrease in demand of the regulated group, due to an indirect price effect. As both supply and demand side of the market are regulated, this special set of regulations applied can, therefore, be compared to the grip of pincers embracing the entire market, leaving some of it virtually scarred. Consequently, we intended to search for alternative policy measures, which are able to achieve an increase in end-users' energy efficiency without the negative side-effects witnessed in case of a WCTS. In our model a subsidized reduction in the price for households' investment in energy efficiency renders just slightly more favorable results than an implementation of WCTS. However, the most effective way to accomplish all goals of environmental policy alike is to reduce the cap on emissions.

Discussion Paper No. 809

August 2008

Laura Auria and Rouslan A. Moro

Support Vector Machines (SVM) as a Technique for Solvency Analysis

This paper introduces a statistical technique, Support Vector Machines (SVM), which is considered by the Deutsche Bundesbank as an alternative for company rating. A special attention is paid to the features of the SVM which provide a higher accuracy of company classification into solvent and insolvent. The advantages and disadvantages of the method are discussed. The comparison of the SVM with more traditional approaches such as logistic regression (Logit) and discriminant analysis (DA) is made on the Deutsche Bundesbank data of annual income statements and balance sheets of German companies. The out-of-sample accuracy tests confirm that the SVM outperforms both DA and Logit on bootstrapped samples.

Discussion Paper No. 811

August 2008

Amelie Constant, Martin Kahanec and Klaus F. Zimmermann

Attitudes Towards Immigrants, Other Integration Barriers, and Their Veracity

The paper studies opinions and attitudes towards immigrants and minorities and their interactions with other barriers to minorities' economic integration. Specifically, we consider the minority experts' own perceptions about these issues, the veracities and repercussions of unfavorable attitudes of natives. Employing newly available data from the IZA Expert Opinion Survey 2007 we depict main trends in the integration situation of ethnic minorities in Europe in a comparative manner. Using a unique dataset, this innovative study is the first to gauge the perspectives of expert stakeholders and ethnic minorities on their integration situation and the main barriers that hinder it. Robust findings show that ethnic minorities face integration problems; natives' general negative attitudes are a key factor of their challenging situation; discrimination is acknowledged as the single most important integration barrier; low education and self-confidence as well as cultural differences also hinder integration; minorities want change and that it come about by policies based on the principle of equal treatment. Well designed integration policies that take the specific situation of the respective ethnic minority into account, are persistent and enforce anti-discrimination laws are desirable.

Discussion Paper No. 812

August 2008

Hinweis auf eine Veranstaltung



4. Wissenschaftlicher Roundtable „Informationsgesellschaft und Wettbewerb“
www.diw.de/wriw

Interoperabilität: Innovationsschutz versus Wettbewerb?

Freitag, 26. September 2008, 10:00 bis 15:30 Uhr
im DIW Berlin, Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

Themenschwerpunkt 1: Standards, Schnittstellen und Wettbewerb (10:00 bis 11:25 Uhr)

Inhalt: Welche Rolle spielen Standards in der ökonomischen Theorie? Welche ordnungs- und wettbewerbspolitischen Aspekte sind bei der Ausgestaltung von Standards zu beachten? Gibt es einen Markt für Standards und ist der Standardisierungswettbewerb grundsätzlich funktional? Lassen sich Indizien für Über- und Unterstandardisierung identifizieren? Worin liegen die Vor- und Nachteile von proprietären bzw. offenen Standards? Welche Rolle spielen Standards speziell für Netzgütermärkte? Welche Anreize haben Plattformanbieter zur Offenlegung von Systemschnittstellen? Welche Standardisierungsprozesse haben sich für bestimmte Gütergruppen etabliert?

Impulsreferate: Prof. Dr. Dirk Heckmann
Lehrstuhl für Öffentliches Recht insb. Sicherheits- und Internetrecht,
Universität Passau
Prof. Paul Belleflamme, PhD
Center for Research in Change, Innovation and Strategy,
Université catholique de Louvain

Themenschwerpunkt 2: Zwangslizensierung: Königsweg für Innovationsanreize und Wissensdiffusion? (11:35 bis 13:00 Uhr)

Inhalt: Welche Preismodelle gibt es, um den Wert von Innovationen (und speziell Schnittstellen) zu bestimmen? Wie sind erzwungene Lizenzvergaben juristisch zu beurteilen? Welche einschlägigen Fälle hat es dazu in der Vergangenheit gegeben? Welche Alternativen bestehen zur Zwangslizensierung? Wie unterscheidet sich die amerikanische von der europäischen Wettbewerbsauffassung in Bezug auf Zwangslizenzen?

Impulsreferate: PD Dr. Indra Spiecker, LL.M.
Institut für Informationsrecht, Universität Karlsruhe
Matthias Otte
Stabsabteilung Verfahrensfragen der Regulierung, Bundesnetzagentur

Mittagspause (13:00 bis 14:00 Uhr)

Themenschwerpunkt 3: Die EU-Kommissionsentscheidung im Microsoft-Fall (14:00 bis 15:30 Uhr)

Inhalt: Warum muss Software interoperabel sein? Was verraten Schnittstellen und Protokolle über Produkt- und Verfahrensinnovationen? Wie sieht Interoperabilität auf Softwaremärkten aus? Wie lassen sich auf dem Softwaremarkt Rechte an geistigem Eigentum schützen und gleichzeitig Innovationen fördern? Wie versteht Microsoft Interoperabilität?

Impulsreferate: Dorothee Belz
Direktor Law and Corporate Affairs, Microsoft Deutschland
Prof. Dr. Knut Blind
Fachgebiet Innovationsökonomie, Technische Universität Berlin

Organisation: Prof. Dr. Christian Wey (cwey@diw.de), Dr. Stefan Kooths (skooths@diw.de)

Die Veranstaltung wird unterstützt durch die Microsoft Deutschland GmbH.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.

Schlüssler 2008



Geht der Aufschwung an den Arbeitnehmerhaushalten vorbei?

Von Christian Dreger*

Seit einiger Zeit befindet sich Deutschland in einem konjunkturellen Aufschwung, dessen Tempo zuletzt deutlich nachgelassen hat. Während vor allem die Exporte und Investitionen der Unternehmen expandiert haben, ist der private Verbrauch als nach wie vor wichtigster Bestandteil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nicht in Gang gekommen oder war sogar rückläufig. Daher wird oft argumentiert, dass die gute wirtschaftliche Entwicklung an den Arbeitnehmern vorbeigegangen ist.

Dass diese Sicht der Dinge verzerrt ist, macht allein schon der Blick auf den Arbeitsmarkt deutlich. Danach hat sich die Zahl der Erwerbstätigen seit Sommer 2005 um 1,5 Millionen erhöht. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit geht in erster Linie – nämlich zu rund 90 Prozent – auf eine Zunahme der Zahl der Arbeitnehmer zurück. Dieser Zuwachs ist in Deutschland ohne Beispiel. Insbesondere qualifizierte Arbeitnehmer werden zunehmend knapp. Arbeitslose finden rascher einen Arbeitsplatz als noch vor einigen Jahren. Mit der nachlassenden Konjunktur schwächt sich nun zwar das Tempo des Beschäftigungsaufbaus ab. Ein Abbau steht indes nicht bevor, weil das Wachstum auch wegen der Arbeitsmarktreformen beschäftigungsintensiver geworden ist. Daneben sind im laufenden Jahr wieder nennenswerte Lohnsteigerungen zu verzeichnen. Zuletzt hat sich die Nettolohnsumme nominal um mehr als drei Prozent erhöht.

Der entscheidende Grund, warum die Konsumnachfrage trotz der ansonsten günstigen Rahmenbedingungen bisher nicht angesprungen ist, liegt im Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise. Durch die zunehmende Inflation, die insbesondere weltwirtschaftliche Ursachen hat, sind die nominalen Einkommenszuwächse vollständig abgeschöpft worden. Wegen der Unsicherheit über die weitere Entwicklung haben die Haushalte ihre Konsumausgaben sogar real zurückgefahren.

Derzeit mehren sich jedoch die Zeichen, dass die Preissteigerungen allmählich auf ihrem Höhepunkt angekommen sind. Die gestiegenen Lebensmittelpreise ziehen höhere Ernteerträge nach sich, weil sich die Gewinnaussichten auch für die Bauern gebessert haben. Die geringere Dynamik der Konjunktur in den Industrieländern dämpft den weiteren Auftrieb des Ölpreises. Damit dürfte es in der zweiten Jahreshälfte zu einer allmählichen Abnahme der Inflation kommen, sodass die Konsumnachfrage real wieder zunehmen wird. Trotz der schwächeren wirtschaftlichen Gangart, die für den Rest des Jahres zu erwarten ist, haben sich die Perspektiven für den privaten Konsum insgesamt also deutlich aufgehellt.

* Dr. habil. Christian Dreger leitet die Abteilung Konjunktur im DIW Berlin.